Saarbote

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, St. Marth 1
Telegrammadresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 3036 Postscheck 39

DISSIPAT ARGUI TOVET 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Boteuen und Post Frk. 11.00.
Zeitungspreis: Die gespaltene 40 mm-Zeile 45 Pfg., Deutschland 30 Pfg. Amtliche Anzeigen 50 Cmk.

Nummer 72 — Donnerstag, den 27. März 1930 — 59. Jahrgang

Zur Finanzfrage im Reich.

Kritische Lage.

Vor einem Rücktritt des Reichskabinetts?

Berlin, 26. März. Die außerordentlich ungeklärte und kompromißlose Lage wurde gestern in Berlin, jetzt deutlich die Tatsache, daß die Nachmittagsblätter von der Möglichkeit des Rücktritts der Regierung unter Reichskanzler eines Kabinetts unter der Führung des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Brüning, sprechen. Gleichzeitig werden dabei alle möglichen Kompromißlösungen darüber wiedergegeben, auf welche Parteien sich ein solches Kabinett stützen könnte. Im Vordergrund steht dabei, wie gestern schon in den Wandelgängen des Reichstags verlautete, die sozialistische Partei, doch sich das Kabinett Brüning auf die bürgerlichen Parteien unter Ausschluß eines Teiles der Deutschnationalen stützen würde, eine Verfassung, die bereits zu einer einschneidenden Zählungsdebatte geführt hat. Führenden Persönlichkeiten des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Christlich nationalen Arbeitsgemeinschaft und der demokratischen Fraktionsgruppen gestern bei Reichspräsident Hindenburg, aber bestehen die Möglichkeit der Bildung einer Koalitionsbasis der Weimarer Koalition (Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten). Dabei taucht auch der Name des jetzigen Oberbürgermeisters von Essen, Dr. Bracht, als Kanzlerkandidat auf.

Bei allen diesen Kombinationen bleibt aber festzustellen, daß, wenn auch die Zentrumsfraktion in der heutigen nächtlichen Sitzung mit den Reichskanzler Hermann Müller und Mitglieder aus dem Kabinett angehört haben, das jetzige Kabinett unmöglich zur Stunde noch nicht an eine Demission denkt und auch weiter alles Mittel und Wege gefunden werden können, um den Reich neue Einnahmen zu verschaffen, nämlich durch den Dittatorparagraphen (Artikel 48 der Reichsverfassung), der im Falle eines Versagens des Reichstags den Erlaß einer Notverordnung vorsieht.

Ferner wurde heute nachmittag auch von der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung und Neuwahlen gesprochen.

Die Beratungen.

Berlin, 26. März. In der am Dienstag abend unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Beratung der Regierungsparteien wurden die einzelnen Punkte des Finanzprogramms einer eingehenden Besprechung unterzogen. Die Parteiführer werden ihren Fraktionen Bericht erstatten, morgen früh heute nachmittag 4 Uhr die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Vor der Entscheidung im Reichstag

Berlin, 26. März. Nach der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wird die politische Situation im Reichstag recht pessimistisch beurteilt. Man glaubt allgemein, daß die Parteien sich nicht einmal so sehr in den sachlichen Fragen, als vielmehr in ihrem politisch-taktischen Standpunkt zu Kurt festgelegt haben, als daß noch eine Einigung zwischen ihnen möglich wäre. Daher ist auch anzunehmen, daß in der Parteifraktionsversammlung heute nachmittag kein positives Ergebnis erzielt wird. Deshalb wird die Entscheidung wieder gegen Abend beim Kabinett liegen, das ausführlich beschäftigen wird, an den Kabinettsvorlagen festzuhalten, gegebenenfalls mit kleinen Abänderungen. Es ist möglich, daß die Fraktionen dann heute noch einmal zusammentreten, und man glaubt, daß ihr bei Ablehnung des Kabinetts auch heute nicht akceptieren werden. Nach der im Reichstag vorherrschenden Verfassung bleiben dem Kabinett und Reichskanzler Entweder die Entscheidung in der offenen Reichstagsaussprache, oder zurückzutreten. In Kreisen der Regierungsparteien überwiegt die Erwartung, daß das Kabinett den zweiten Weg gehen wird. Es würde dann darum handeln, ein Kabinettsprogramm zur Erledigung des Etats mit Hilfe des Artikels 48 durchzuführen. Die Zentrumsfraktion wünscht heute nicht entscheiden zu können, sondern hätte es sich auf die Regelung der Arbeitslosenfrage und die neuen Steuern beschränken. Die Frage ist, ob der Reichsminister dann bei seiner Kabinett der Durchführung dieser Maßnahmen beantragen, oder ob an seine Stelle eine Regierung treten wird, die bereit ist, diese Maßnahmen durchzuführen. Dr. Brüning, unstreitig eine führende Rolle einnehmen dürfte. Auf alle Fälle erwartet man im Reichstag die Entscheidung noch heute, oder nicht vor dem Monat.

Sozialdemokratischer Parteiausschuß einberufen.

Berlin, 26. März. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den Parteiausschuß zur Besprechung der politischen Lage für Freitag vormittag nach Berlin berufen. Außerdem wird u. a. auch die Agrarfrage behandelt werden.

Abschluß der Parteiführerbesprechungen für morgen erwartet.

Berlin, 26. März. In der heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Besprechung der Führer der Regierungsparteien wurden die Verhandlungen über das Finanzprogramm fortgesetzt. Die Besprechungen werden in einer für morgen 10 Uhr anberaumten Sitzung zum Abschluß gebracht werden.

Weshalb noch länger Saarverhandlungen?

Unerhörte französische Ansprüche.

Nach den verschiedenen französischen Kabinettssitzungen haben die Pariser Saarverhandlungen wieder begonnen, wobei französischerseits der Wille der französischen Arbeiten, Bonnet, als Vertreter Frankreichs, unter Hinzuziehung des Saarbeauftragten Mirbach, ist jedoch nach einer mehr abgeschwächt; schon die Neuabschaltung des neuen Saarbeauftragten Mirbach, ein Zeichen der französischen Regierungs- und Interessentenkreise bekundung entgegenkommender gesinnt sind. Die Prognose auf eine mögliche Einigung ist in Deutschland beschränkt, denn anders Deutschland, unter größtmöglichen Druck gelegt, sich nicht zu einem Zollverzicht keines Minderprogramms bestimmt. Eine beweisende Tatsache berechtigt Deutschland und damit breitesten Volksstamm an der Wegkreuze, über das Verhalten Frankreichs bei Abbau, erschien aber als eine Unterbrechung, ja, ein Stoß, ausgelöst durch unerschütterten nationalen Einsprachs der Saarbevölkerung, keine noch so „verständigungswillige" Reichsregierung bereit finden dürfte.

Sicherer der französischen Delegation erscheint nämlich als „äußerste Grenze" der Vorschlag einer Dreiteilung des Saargebietes vorschlagen. Es sollen zur Aufrechnung des saarländischen Kohlenmonopols zwei Zollgrenzen geschaffen werden: eine unter der Kontrolle des französischen Staates, eine zweite unter der Kontrolle Deutschlands bezw. Preußens und eine dritte, eine neutrale, deren Unterstellung Gegenstand Konkordatsverhandlungen wäre. Auf diese Weise soll eine deutsche Mehrheit am hiesigen Eigentum der Saargruben verhindert sichern, ja, der Bergbaubetrieb soll mit Mehrheit Wahrung der Vehrt der saarländischen Eisenbahnbetriebs, und die Verhandsperte entsprechend dem französischen Interesse ausgestaltet werden. Die Saarbahnen sollen dann aber deutschen Privatpersonen zugeschrieben Gemeinwesen wäre jedoch vom französischen Staat, aus den bezüglichen Eisenbahnen der Saarbahnen, ausgeschlossen bleiben. Die Einzelheiten dabei soll dem preußischen Regen, bayerischen Staate, als bäuerischen Schaber wieder hergestellter Staatsbesitz über das Saargebiet, ausgeschlossen bleiben. Ja mit Abtrennung der Saarregierung den saarländischen Kohlenmagnaten zum Kaufpreis eingeräumten Pachtungen der Bergbaubetriebe sollen durch das Monopolmonopol entbindig auf 99 Jahre verliehen werden. Diese Klausel verrät, wie eigentlich dieser der vorgesehenen Saatsorge einer deutsch-französischen Saar-Einigung steht. Nicht umsonst haben die saarländischen Bäuerchenrat in der Wendel sich durch bedeutenen Zeitungsartikel Dokumente zur nationalistischen Bearbeitung der französischen öffentlichen Meinung geäußert. Der harmlose Durchschnittsfranzose, wird mit Behagen die Saarbergwerke, die Saarbahnen, die Saarbrücken, Prestiniteressen des Montanunions vorgeschoben. Die Firma de Wendel beginnt mit der Erschließung ihres saarländischen Bergbaubesitzes Gerhardsbrunn, ein abbaubarer mit der nördlichen Markscheide so gesteckt wurde, daß es die Ausbeutung der Saargrube Velsen nach Velsen hin unmöglich macht. Man hat ausserem Gelte bei der Saar in Paris letzteren Saar- und Mosel-Bergwerke-A.-G. das an der Südwestmarkscheide gelegene Grubenfeld Karlsbrunn auf einer Gebiet erschlossen, ich hab hierzu im saarländischen Kohlenbecken bereits eine 5000 Tonnen Kohlen gefördert werden. Wie von sachverständiger Seite „Berghauptmann a. D. Cleff" hierzu betont wird, wird die Ausgrenzung der französischen Saarbergwerken und Bergbaufeld liegenden Zechbrennes nicht nur große Druckerschüttelung, die den Betrieb verteuerten, sondern auch Bauschgefahren auslösen, welche die Betriebsleiter zum Stillegen zwingen, ja, die Bergbaubetriebe „Gittersch"-Vorschläge der französischen Saarbergwerken vorgeschlagen, daß die Grube Velsen der unter französischer Staatsregie stehenden Saarbergwerken ausgebeutet werden.

Damit würden die im Bergbaufeld liegenden Bergbaubetriebe der Saargruben reiten Gefahr ausgesetzt, Einsturzen der Saargruben reiten Gefahr ausgesetzt, die nach dem Ober und Südwestlen der Erschließung weist, während die Gerhardsbrunn weiter Fortschlagungen in der Saargebiet nach Norden unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen wegen der gesteigerten Preise Sonne Vertauung der Saarkohle unbedeutet ist. Dem heutigen unreinen Raubbau des französischen Bergbaus ist es zu verdanken, daß die Saarkohle ich alle die Plünderung der Reichsdeutschen durch französische Großkapitalisten „nützlich" an. Für die Einschätzung des heutigen Deutschlands durch die saarländischen Bäuerchenrat, kann allein „Kopor nach dem deutschen Reichstag als Abgeordneter angesehen

Zum französischen Heeresbudget.

Faule Begründungen.

Der Rüstungsetat vor dem Senat.

Paris, 26. März. Der Senat hat heute vormittag das Budget des Kolonialministeriums verabschiedet und das Seeministerium in Angriff genommen. Der Berichterstatter für dieses Budget erklärte, daß die Effectivstärke der französischen Heere gegenüber 1914 um 44 Prozent niedriger sein. Die Ausgaben für das Kriegsbudget seien allerdings gestiegen, aber anderen wegen das in beiden Jahre durchführenden einjährigen Dienstzeit. Der Berichterstatter wies des weiteren auf die Verteidigungsorganisation der Grenze hin, es müsse eine allzu große Lücken vorhanden sein, die Bewachung der deutsch-französischen Grenze gegen einen Einfall wie den von 1914 zu sichern. Der Kriegsminister müsse die Verfügungsmöglichkeiten in diesen Gegenden intensivieren, damit einen plötzlichen Eindringen werde das Land rechtzeitig mitteilen können, an denen der Feind bereits eingedrungen ist. Weil bestehen werde, der Senatsausschuß des Senats gab der Verwaltung derjenigen Ausbau, die besonderen, daß das deutsche Heer durch einen Handstreich gegen die lothringische Grenze und die letzte Zeitrichten zu Beginn eines [illegible] Krieges beherrschen, wenn nicht sogar entscheidende Gefecht erringen könnte. Es sei notwendig, das Heer besser zu verteilen, eine Umgruppierung der Truppen vorzunehmen und die Mobilisierung zu beschleunigen. Kriegsminister Maginot warf ein, Deutschland habe in der Nähe der französischen Grenzstelle keine Truppenmasse mehr, die bereit seien, diese Stäbe zu überfallen. Deutschland entwickelte und Postsperrmaßnahmen seien über das ganze deutsche Gebiet verteilt. Deutschland hätte zwei nicht unbedeutende französische Regione in dieser Hinsicht ausbauen. — Senator Gaston gab den Hoffnungsausdruck, daß Frankreichs Militärkräften eines Tages herangeführt werden könnte. Allerdings ist dieser Tag noch nicht nahe, wenn man die Verwaltungsmaßnahmen ins Auge fasse, die Kriegsminister Maginot vorzunehmen beabsichtigt. Gegenüber der Mißtrauen wird eine Art allgemeiner Sicherheit

(Fortsetzung siehe Seite 2.)